

Steirische LehrerInnenstimme



Mitteilungsblatt des Sozialdemokratischen LehrerInnenvereins Österreich Landesgruppe Steiermark

**STEIERMARK,
BLEIB' STARK:**

**WANDEL!
WECHSEL!
WENDE!
WÄHLEN.**

1.10. ► SPÖ ► LISTE 2

Ein erfolgreiches Schuljahr 2006/07

wünschen die Landesleitung und die Bezirksvorsitzenden!

STR HOL Franz Sachernegg

„Österreich verdient eine bessere Zukunft“

In einigen Wochen wird es wieder, wie vor einem Jahr in der Steiermark, zu einer diesmal für ganz Österreich richtungsweisenden Wahlentscheidung kommen.

Nach sechs Jahren reaktionärer Politik unter Bundeskanzler Schüssel ist es nun endgültig an der Zeit, den angerichteten „Schaden“ wieder gut zu machen.

Einseitig orientierte Sparpakete, speziell im Bildungsbereich (5000 LehrerInnen abgebaut, drastische Budgetkürzungen, chaotische Zustände an den Universitäten, PISA-Debakel,...), müssen raschest durch eine gerechtere und fairere Politik ersetzt werden.

Dies kann **nur** die „**Sozialdemokratie**“ ermöglichen!

Dr. Alfred Gusenbauer hat hier ein klares Konzept:

- Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen auf 25
- Abschaffung der Studiengebühren
- 100 000 Ganztagschulplätze zusätzlich schaffen
- Universitäre Ausbildung für alle pädagogischen Berufe

Außerdem sollten wir mit dieser Nationalratswahl auch ein klares NEIN der ÖVP-Personalpolitik ausdrücken. Die ÖVP ist nämlich dabei, die neu geschaffenen Pädagogischen Hochschulen als ihr „Parteinest“ einzurichten. In ihrer parteipolitischen Verblendung erkennen Gehrler&Co gar nicht, welchen Schaden Österreich dadurch nimmt, wenn die Ausbildungseinrichtung für die künftigen LehrerInnen unserer Kinder zu einem „ÖVP-Privatverein“ gemacht wird!

Es geht dabei auch nicht nur um die Position des Rektors, sondern mit ihm auch um die grundsätzliche pädagogische und inhaltliche Ausrichtung der gesamten Lehrerausbildung!

Kaputtsparen und ÖVP - Machtmissbrauch müssen ein Ende haben!

Den Zusammenhalt stärken, mehr Gerechtigkeit schaffen und mehr Chancen bieten - darum geht es für Gusenbauer und die SPÖ am 1. Oktober 2006.

Ich ersuche höflichst um Eure Mithilfe!

Euer STR HOL Franz Sachernegg
(Landesvorsitzender)



Landesvorsitzender
STR Franz Sachernegg

Seite 3
**Die bildungspolitischen
Erfolge in der Steiermark**

Seite 4
**Kurswechsel
in der Bildungspolitik**

Seite 5 - 8
Beilage: SPRINT

Seite 9
**Reformeißer
vor dem Wahltag**

Seite 10
Lehrer statt Gehrler!

Seite 11
**Bildung -
Das Herzstück einer
SPÖ-Regierungspolitik**

► Die bildungspolitischen Erfolge in der Steiermark

Kinderbetreuung für Eltern wird leistbarer!

Eine Hauptaufgabe verantwortungsvoller Bildungspolitik ist es, für alle Kinder frühzeitig bestmögliche Bildungserfahrungen und -chancen zu bieten. Kinderbildungseinrichtungen haben in diesem Zusammenhang einen besonderen Stellenwert! Zusätzliche 10 Mio. Euro machen daher auf Initiative von LR Dr.ⁱⁿ Bettina Vollath das letzte Kinderbetreuungs-jahr vor Eintritt der Schulpflicht leistbarer. Die Kinderbetreuungsbeihilfe im letzten Jahr vor der Schulpflicht wird entscheidend verbessert. Das beschloss die Steiermärkische Landesregierung über Antrag von Landesrätin Dr.ⁱⁿ Bettina Vollath. Bis zu einem steuerpflichtigen Jahreseinkommen von 40.000 Euro erhalten die Eltern für das letzte Kinderbetreuungs-jahr gestaffelt eine monatliche Landes-Kinderbetreuungsbeihilfe von 30 Euro bis maximal 100 Euro.

Erfolg für die steirischen Pflichtschulen

Zusätzlich 178 LehrerInnendienstposten für das Schuljahr 2006/07 auf Initiative von Bildungslandesrätin Vollath vom Land Steiermark mit 6 Millionen Euro finanziert! Die steirische Bildungslandesrätin bekräftigt aber nochmals, dass es sich bei der Finanzierung durch das Land um eine zeitlich begrenzte Maßnahme handelt, um die Untätigkeit der Bundesregierung abzufedern. „Wegen der prekären Situation im Pflichtschulbereich ist das Land Steiermark trotz der eindeutigen Kompetenzverteilung nun gezwungen, diese Maßnahme zu setzen. Ich fordere an dieser Stelle daher den Bund erneut und mit Nachdruck auf, endlich die bildungspolitische Verantwortung wahrzunehmen. Auf der einen Seite steigen ständig die Anforderungen an die Schule und auf der anderen Seite werden die Kürzungen vom Bund immer rigoroser. Diese Einsparungen im Pflichtschulbereich sind ganz einfach nicht mehr tragbar. Das ist eine mehr als verfehlte Sparpolitik, die eindeutig einen Angriff auf die Bildungsarbeit und die Bildungsqualität bedeutet.“

Bettina Vollath baut das Angebot an Ganztags-schulen erheblich aus. Der Bund sieht eine Nachmittagsgruppe ab 15 SchülerInnen vor. In der Steiermark ist eine Nachmittagsgruppe ab 10 SchülerInnen möglich. Ab Herbst gibt es zusätzlich 70 Ganztags-schulen in der Steiermark!

Musikunterricht wird leistbarer!

Ermäßigung NEU an den steir. Musikschulen

Die zuständige Bildungslandesrätin Dr.ⁱⁿ Bettina Vollath hat durchgesetzt, dass es ab Herbst an den öffentlichen Musikschulen erstmals die Möglichkeit einer sozial gestaffelten Ermäßigung durch das Land Steiermark geben wird. Dies bedeutet eine bis zu 50-prozentige finanzielle Erleichterung für die Eltern.

280 geförderte Musikschulstunden mehr

Die steirischen Musikschulen werden 280 Stunden

mehr bekommen und das bedeutet, dass um rund 420 SchülerInnen mehr in den Genuss des Unterrichts an einer der hervorragenden öffentlichen Schulen kommen werden.



Bildungslandesrätin
Dr.ⁱⁿ Bettina Vollath

Weichenstellung im steir. Hochschulbereich:

FH Joanneum wird zur echten Fachhochschule und die Studiengebühren fallen! Von den insgesamt 18 Fachhochschulen in Österreich sind bereits zehn als Fachhochschule organisiert. Die FH Joanneum, als zweitgrößter Fachhochschulstudienträger Österreichs wird nach einer ca. halbjährigen Vorbereitungsphase den Antrag beim Fachhochschulrat einbringen, echte Fachhochschule zu werden.

„Das ist ein wichtiger Schritt in Richtung Autonomie und Partizipation. Es wird ein akademisches Fachhochschulkollegium eingerichtet. Dieses Kollegialorgan ist ein wesentliches Qualitätsmerkmal jeder hochschulischen Organisation. Dies bedeutet eine Demokratisierung für Lehrende und Studierende und eine Krönung des Weges, den die FH Joanneum bisher gegangen ist“, betont die steirische Bildungslandesrätin. Durch die „Fachhochschul-Werdung“ wird es auch möglich sein, die Graduierungen, die bisher unter Beteiligung des Fachhochschulrats vorgenommen werden mussten, selbst zu verleihen. „Auch darin manifestiert sich das Selbstverständnis einer Hochschule.“

Dieser Schritt ist aber auch für die weitere Internationalisierung der FH Joanneum ausschlaggebend. „Bisher gab es hier Erklärungsbedarf, der sich erübrigen wird, wenn wir eine echte Fachhochschule sind“, freut sich Vollath.

Freuen werden sich auch die Studierenden der FH Joanneum, denn die Bildungslandesrätin wird bereits ab dem Studienjahr 2006/07 ihr Versprechen, die Studiengebühren abzuschaffen, einlösen. „Ich freue mich, dass die Studiengebühren ab Herbst definitiv nicht mehr eingehoben werden. Das bedeutet jährliche Kosten von 1,8 Mio. Euro - das sind weniger als ein halbes Promille des Gesamtlandesbudgets. Ich bekenne mich zum freien Bildungszugang und ich bin überzeugt, Studiengebühren retten kein Budget. Diese finanzielle Hürde beim Zugang zur Bildung ist also in keiner Weise gerechtfertigt“, so die Bildungslandesrätin.

Zwei weitere zukunftsweisende Schritte für die FH Joanneum sind die Tertiärisierung der med.-techn. Ausbildungen und die Erstellung des neuen Rahmenplans für die Entwicklung und Finanzierung von Lehrgängen für die Jahre 2006 bis 2010.

Mag. Wolfgang Erlitz

Kurswechsel in der Bildungspolitik



Mag. Wolfgang Erlitz
Amtsführender Präsident des
Landesschulrates

Die Bildungspolitik in Österreich war selten so widersprüchlich wie zur Zeit. Dieser Widerspruch besteht vor allem darin, dass einerseits die Probleme, die mit dem Leben im 21. Jahrhundert verbunden sein werden, wegen der beschleunigten gesellschaftlichen Veränderungen und der Unübersichtlichkeit der maßgebenden Faktoren dazu, nur von Menschen gelöst werden können, die angemessen und hinreichend darauf vorbereitet sind. Andererseits aber - wie auch der Vorsitzende der Zukunftskommission DDr. Günter Haider meint - unser jetziges Schulsystem seine Ursprünge in den 60er und 70er Jahren des vergangenen Jahrhundert hat und schon mit den gegenwärtigen Bedingungen und Anforderungen nicht fertig wird, geschweige mit jenen der Zukunft.

Die derzeitige Bildungspolitik übersieht auch, dass Erziehung, Bildung und Ausbildung komplexe kommunikative Prozesse sind und damit zwangsläufig insbesondere „personalintensiv“. Die Streichung von 5.000 LehrerInnenposten und die Kürzung von 120.000 Unterrichtsstunden in den letzten 6 Jahren verdeutlicht leider diese Kurzsichtigkeit. Die konservative österreichische Bildungspolitik unter Ministerin Gehrler hat weder Schulen noch Universitäten „neu gedacht“, sondern durch eine restriktive Bildungsökonomie lediglich „neu gerechnet“.

Die Vorstellung, dass eine „neue Bildung mit Qualität“, worin diese auch immer bestehen könnte, mit verknüpften Mitteln zu realisieren ist, muss als absurd bezeichnet werden. Bildung ist für die SPÖ das zentrale Thema, denn hier wird über die Zukunft des Landes, vor allem aber über die unserer Kinder und künftigen Erwachsenen entschieden. Deswegen müssen wir unseren SchülerInnen jenes Rüstzeug mitgeben, mit dem sie ihre Zukunft verstehen und vor allem entsprechend gestalten können. Das erfordert wiederum ein anspruchsvolleres Lernen mit mehr an Zeit, besonderen Lerngelegenheiten und Erfahrungsmöglichkeiten, was alles gerade im Mittelstufenbereich derzeit nicht ausreichend zur Verfügung steht.

Der Lernerfolg wird auch oft zu einem Faktor, der nicht unwesentlich vom Bildungsstand der Eltern oder ihrem Einkommen als Voraussetzung für die Finanzierung eines Nachhilfelehrers abhängt. Eine Schule, die sich verpflichtet sieht, die Bildungschancengleichheit für alle SchülerInnen auch in die Tat umzusetzen, muss aus dem sozialdemokratischen Blickwinkel wohl eine Ganztagschule sein, die mit einer neuen Rhythmisierung des Tages Unterricht und Förderung spürbar verändern.

Der österreichische Sonderweg, Kinder früh nach Leistung oder Begabung zu sortieren, hat offensichtlich nicht die Erwartungen erfüllt: Frühe Selektion führt weder zu besonderer Förderung von Spitzenleistung noch dazu, dass lernschwache Kinder entsprechend gefördert werden, um zumindest eine solide Basisqualifikation zu erreichen. Österreich und Deutschland, die letzten Horte einer gegliederten Sekundarstufe I in Europa, liegen nur im Hinblick auf das Aus-

einanderdriften der Sozialschichten im Spitzenfeld. *„Sie sind Weltmeister der Ungerechtigkeiten beim Verteilen der Zugangschancen zur höheren Bildung.“* (Prof. Vierlinger)

Die Grundsatzfrage, die es dabei zu beantworten gilt, ist: Wollen wir weiterhin ein System der Leistungshomogenisierung durch Aussondern und Aussortieren oder eine Homogenisierung durch Integrieren und Fördern?

Auf die „Verschiedenartigkeit der Köpfe“ kann die Schule auf zweifache Weise reagieren. Sie kann die SchülerInnen so lange sortieren bis sie (hoffentlich) auf die in den gestuften Schultypen (HS, AHS) vorgesehen Methoden passen oder - wie es die allermeisten hoch entwickelten Länder praktizieren - die Methoden soweit variieren, dass sie der naturgemäßen Heterogenität gerecht werden (individuelle Förderung).

Eine sozialdemokratische Bildungspolitik kann demnach auf eine Gesamtschulstruktur nicht verzichten. Denn unsere Wissensgesellschaft kann und darf sich einfach nicht länger ein Schulsystem leisten, das seine SchülerInnen schichtenspezifisch rekrutiert, weil es das vorhandene Leistungspotential nicht oder zumindest ungenügend ausnutzt.

„Bildung ist am Beginn des 3. Jahrtausend längst kein Privileg mehr für wenige und darf auch nicht bloß als ein Angebot für viele verstanden werden; nein sie ist eine Notwendigkeit für alle geworden.“ (R. Vierlinger)

Wir brauchen einen Kurswechsel in der Bildungspolitik und die SPÖ hat in ihrem Bildungsprogramm deutlich aufgezeigt, dass sie die zeitgemäßen bildungspolitischen Antworten hat und keine ideologischen Scheuklappen trägt.

HR Dir. Dr. Dietmar Dragaric

► Reformeifer vor dem Wahltag

Ein bisher nicht vorhandener Reformwille im Bildungsbereich hat beide Regierungsparteien erfasst. Da wird die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 versprochen, ein Schulstartgeld in Aussicht gestellt, die Schulautonomie- zum wievielten Male? - bemüht, werden einheitliche Standards für die Matura gefordert. Der Kurier vom 1. September titelt: „Späte Einsichten. Bildungsministerin Gehrler verspricht große Reformen für die Zeit nach der Wahl“.

Am Papier sehen die Forderungen und das, was auch schon in Richtung Neuwahlen in letzter Minute umgesetzt wurde, umfangreich aus. Alle Schulen beginnen nun einheitlich am Montag, durch eine Unterrichtsgarantie dürfen höchstens 2,5% der Unterrichtsstunden ausfallen, die 5-Tage-Woche ist ab sofort Standard sowie die Förderung von Kindern, die die Unterrichtssprache nicht beherrschen und Möglichkeiten für ganztägige Schulformen, jedoch ohne Rechtsanspruch. Die PflichtschullehrerInnenausbildung und die gesamte LehrerInnenfortbildung wird ab 2007 an Pädagogischen Hochschulen konzentriert.

Bisheriger Regierungskurs: Bildungsrückbau

Entgegen dem durch die Wahlen hervorgerufenen Reformeifer waren die bisherigen Bildungsaktivitäten der Regierung insbesondere des Finanzministers durch restriktive Maßnahmen bestimmt. Die Bildung war ein

Hauptbereich um das Nulldefizit, das vom Finanzminister wieder als Ziel für die nächste Legislaturperiode genannt wurde, zu erreichen. Die Folgen daraus kennen wir alle: Stundenkürzungen, hohe Klassenschülerzahlen, Abbau von LehrerInnen-dienstposten, Hinaufsetzen des Pensionsalters für LehrerInnen.

Alle Reformen mussten kostenneutral bleiben und sein! So wurde fast alles, was nach dem „Pisa-Schock“ hochrangige Reformkommissionen erarbeitet haben, Makulatur. Besonders beliebt waren Reformen, die sich von selbst ergaben. Beispiele dafür sind die 5-Tage-Woche, die Ausweitung der Nachmittagsbetreuung sowie ein zusätzliches Förderangebot für Kinder mit nicht deutscher Muttersprache. Unmittelbar vor der Wahl gibt es auch noch ministerielle Ankündigungen wie mehr Personalautonomie für die einzelne Schule und österreichweit einheitliche Standards für die Matura.

Was sich unter einer von der SPÖ geführten Regierung ändern muss

Die mittlerweile, und das beweisen die oft gleichlautenden Vorstellungen verschiedener Parteien, auf breitem Konsens beruhenden Bildungsforderungen müssen endlich in den österreichischen Schulen verwirklicht werden!

Der jahrelange Bildungsrückbau durch die derzeitige Regierung hat die Ausgangslage für Schul-



Vorsitzender Stellvertreter
HR Dir. Dr. Dietmar Dragaric

reformen drastisch verschlechtert. Dennoch muss eine Bildungsoffensive vom Kindergarten bis zur Hochschule gestartet werden. Ein verpflichtendes und kostenloses Kindergarten- bzw. Vorschuljahr soll der Volksschule voran gehen. Jedem Kind, dessen Eltern einen Ganztagesplatz in der Schule wünschen, ist dieser Platz zu garantieren. Die Klassenschülerhöchstzahl ist in allen Schulen mit 25 zu begrenzen. Für alle Schulen ist verstärkt ein psychosoziales Unterstützungssystem aufzubauen, ebenso muss in allen Schulen der Stütz-, Förder- und Integrationsunterricht ausgeweitet werden. Die Problematik der Mittelstufe in den Ballungszentren verlangt dringend nach einer generellen Lösung. Die AHS-Oberstufe soll ab der 6. Klasse im Kurssystem geführt werden, auch nach dem Entstehen der Pädagogischen Hochschulen bleibt die gemeinsame LehrerInnenausbildung an Pädagogischen Fakultäten der Universitäten eine wichtige sozialdemokratische Forderung, die in den kommenden Jahren umzusetzen ist.

► Das Service-Eck

Landessekretärin: ALⁱⁿ Marianne Baumann
Telefonfax: 0316 / 24 22 98
Mobil: 0676 / 510 54 80
E-Mail: office@sloe-steiermark.at
Redaktion: nici120@gmx.at
Homepage: www.sloe-steiermark.at

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 31. Oktober 2006

Landessekretariat des SLÖ Steiermark:
Eggenberger Allee 49, 4. Stock, 8020 Graz

Walter Kröpfl

► Unsere zentrale Forderung: Lehrer statt Gehrer!



*SPÖ - Klubobmann
und Bildungssprecher
Walter Kröpfl*

Folgender Leserbrief von Sigurd Schöfl aus Trieben wurde in der „Kleinen Zeitung“ am 22. August 2006 abgedruckt: „Dem Interview mit Frau Minister Gehrer in der Ausgabe der ‚Kleinen Zeitung‘ vom 19. August 2006 unter dem Titel ‚Mache es mit Liebe und Leidenschaft‘ ist wirklich nichts mehr hinzuzufügen: Sie macht es mit Liebe, die Leiden schafft!“ Dem wäre eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Ein paar Anmerkungen möchte ich aber dennoch anbringen.

Nach mehr als einem Jahrzehnt „Bildungspolitik“ der Marke Gehrer darf man als Bildungssprecher nicht schweigen. Unser Bildungsniveau ist im internationalen Vergleich gesunken (Stichwort PISA-Studie), an den heimischen Schulen herrscht vielfach Frustration - bei den Lehrerinnen und Lehrern über die Schülerinnen und Schüler bis hin zu den Eltern! Und hinzu kommen unfassbare Entwicklungen am „Nachhilfemarkt“, wo Familien Milliarden-Beträge investieren müssen, weil das System Schule versagt. Verantwortlich für diese Misere ist einzig und allein Ministerin Gehrer. Und wenn es jetzt heißt, dass sie weitere vier Jahre in der Regierung bleiben könnte, so ist das eine gefährliche Drohung.

Eine fast ebenso gefährliche Drohung ist eine andere personelle Variante, die das Magazin „News“ in der Ausgabe vom 24. August 2006 ins Spiel bringt. Demnach könnte die am 2. Oktober 2005 bei der steirischen Landtagswahl sang- und klanglos abgewählte Waltraud Klasnic einer nächsten Bundesregierung als Sozial- oder - man höre und staune - Bildungsministerin angehören. Wenn das wirklich passieren sollte, dann wäre in der österreichischen Bil-

dungspolitik für Kontinuität gesorgt - allerdings im negativen Sinn!

Dabei könnte man in der Bildungspolitik mit wenigen, dafür aber effizienten Maßnahmen für Qualitäts- und Motivationssteigerungen an den Schulen sorgen: Ausbau ganztägiger Modelle mit verschränkten Unterrichts-, Vertiefungs- und Freizeiteilen (zum Beispiel nach skandinavischem Vorbild); eine einheitliche „Gesamtschule“ für alle Sechs- bis 15-Jährigen, wie von der SPÖ seit den Kreisky-Zeiten gefordert; Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen.

Gerade mit der letztgenannten Maßnahme könnte zweierlei erreicht werden: Einerseits eine verbesserte Ausbildungsqualität, weil sich mehr Lehrerinnen und Lehrer um weniger Schülerinnen und Schüler besser kümmern können, andererseits eine aktive Bekämpfung der LehrerInnenarbeitslosigkeit. In der Steiermark gehen wir Dank einer Initiative von Landeshauptmann Franz Voves und Bildungslandesrätin Bettina Vollath ein Stück Weges in diese Richtung: Das Land wird im Schuljahr 2006/07 die Kosten für 178 Pflichtschullehrer und -lehrerinnen übernehmen. Auf Dauer wird man aber den Bund nicht aus seinen Verpflichtungen entlassen können, deshalb sollte dieses „Modell Vollath“ aus landesbudgetären Gründen nicht Schule machen. Landeshauptmann Franz Voves wird diese Problematik bei der Landeshauptleutekonferenz im Herbst thematisieren.

Alles in allem lässt sich das von mir hier Formulierte auf einen ganz kurzen Nenner bringen:

Lehrer statt Gehrer!

Erwin Niederwieser, Bildungssprecher der SPÖ

► Bildung - Das Herzstück einer SPÖ-Regierungspolitik Neue Fairness braucht das Land!



Bildungssprecher der SPÖ
Erwin Niederwieser

Bildung. Fair, und mit gleichen Chancen für alle. Das zieht sich wie ein **roter Faden** durch alle Vorschläge und Konzepte der **SPÖ-Bildungspolitik**: dem SPÖ-Bildungsprogramm, Alternativenentwurf zur Errichtung Pädagogischer Hochschulen, SPÖ-Dreistufenprogramm als Konsequenz aus dem Endbericht der Zukunftskommission bis zur Bibliotheksinitiative Österreich.

Herzstück Bildung

Die Bildungspolitik wird das Herzstück der SPÖ-Regierungspolitik, betonte Alfred Gusenbauer zu meiner und vieler Freude schon mehrfach. Neue Reformen braucht das Land und eine gehörige Finanzspritze, damit alle im Bildungssystem Beteiligten davon profitieren und wir mit anderen Ländern Schritt halten können. Das reicht vom Kindergarten über die Schulen, Universitäten, Fachhochschulen bis hin zur Erwachsenenbildung (die in den letzten 6 Jahren von der Regierung besonders vernachlässigt wurde!).

Die ÖVP will Schulgeld einführen

Dieser Satz hat einige in der ÖVP sehr geärgert. Er ist pointiert aber er ist auch richtig. Die Schulgeldfreiheit in der Verfassung, auf die sich Gehrler jetzt beruft, mussten wir der ÖVP hart abrufen und weder der FPÖ/BZÖ noch den Grünen war das ein besonderes Anliegen. Die Grünen wollten die bedingungslose Abschaffung der 2/3 Mehrheit bei Schulgesetzen und haben uns wegen dieser Bedingungen (Schulgeldfreiheit, Be-

rufsschulpflicht usw.) sehr kritisiert. Daher bin ich überzeugt, dass die SPÖ der einzige Garant gegen die Einführung von Schulgeld ist.

Natürlich wird Schulgeld nicht in den Volksschulen eingeführt und die neunjährige Grundschule muss schon wegen internationaler Abkommen kostenfrei sein. Aber bei Abendschulen und Kollegs ist uns die VP schon in der großen Koalition in den Ohren gelegen, dann folgen stark nachgefragte Formen der BHS und am Ende zahlt man für die ganze Oberstufe.

Dass die ÖVP das bestreitet, besagt nichts. Bei der Wahl 1999 hat sie energisch bestritten, Studiengebühren einführen zu wollen.

Und Schulgeld führt sie ja bereits jetzt über die Hintertür ein. Korneuburg braucht ein Gymnasium? Kein Problem. Das Gehrler-Ministerium genehmigt und zahlt die Lehrerinnen und Lehrer. Und LH Pröll ist zufrieden: Das Schulgeld für diese Privatschule wird im Jahr „nur 700 Euro“ betragen, meint er in einer Aussendung. Dasselbe in Innsbruck. Plätze an Gymnasien fehlen, selbst ein 4. VS Klassezeugnis mit lauter Einsern ist keine Garantie mehr, unterzukommen. Die Abhilfe bringt das Ministerium. Man ist bereit, ein Privatgymnasium zu genehmigen. Und da behauptet Frau Elisabeth Gehrler ernsthaft, unsere Plakate wegen des Schulgeldes seien böswillige Unterstellungen?

*Erwin Niederwieser
SPÖ Bildungssprecher*

Informationen:

SPÖ-Bildungsprogramm:
<http://spoe.at/ireds/online/page.php?P=100393>

10-Punkte-Programm für Jugendbeschäftigung
<http://www.alfred-gusenbauer.at/online/page.php?P=100682>

Wahlprogramm 2006
<http://spoe.at/online/page.php?P=100748>

Neue Fairness braucht das Land.

www.spoe.at

03Z035208S

P.b.b.

Verlagspostamt 8020 Graz, Erscheinungsort Graz
Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Sozialdemokratischer LehrerInnenverein, Landesgruppe Steiermark

Redaktion: Dipl. - Päd. Nicole Koch

Layout und Produktion: Matthias Baumann

Für den Inhalt ist die/der jeweilige Autor/in verantwortlich.

alle: Eggenberger Allee 49, 4. Stock, 8020 Graz,

Telefon: 0676 / 510 54 80

Druck: LeykamDruck, Graz